

Rathaussplitter

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass im Rahmen der kürzlich stattgefundenen jährlichen Personalversammlung der Gemeindeverwaltung auch Wahlen stattgefunden haben. "Aus dem Personalrat scheidet meine Person aus, dafür wurde Hannelore Schurt in den Personalrat der Gemeindeverwaltung gewählt. So setzt sich der Personalrat künftig aus Jochen Fehrenbacher, Michaela Moosmann und neu Hannelore Schurt zusammen", teilte er mit.

Anschließend nahm er zum Abwasserkanal "Mooswald" Stellung. "Diesbezüglich hat eine weitere Besprechung mit sämtlichen betroffenen Amtsleitern des Landratsamtes Rottweil, dem Ingenieurbüro Gfrörer und uns stattgefunden. Das Ingenieurbüro stellt kurzfristig eine Planung mit Kostenschätzung unter Berücksichtigung von Spülbohrverfahren zur Umgehung der schützenswerten Flächen, sowie einen Alternativvergleich. Er gab zu bedenken, dass wenn die Gewässerkreuzungen tiefer als 1 m unter den Gewässern verlegt werden, gegebenenfalls keine wasserrechtliche Genehmigung erforderlich ist. Die neue Planung werde zeitnah mit dem Umweltschutzamt abgestimmt. Nach Vorliegen der neuen Planung müssen alle Eigentümerzustimmungserklärungen eingeholt werden. Zudem soll das Vorhaben dann mit der Zuschussbehörde, dem Regierungspräsidium Freiburg, vorbesprochen werden. Ziel sei es, dass mit den genannten Vorarbeiten zum 30.09.2024 ein neuer Zuschussantrag gestellt werden kann. Ein weiteres Ziel sei es, dass sofern dann 2025 gebaut werden kann, das Glasfaser mit verlegt wird. Ob dies gelinge, könne zum heutigen Tag noch nicht gesagt werden.

Zudem unterrichtete Hauptamtsleiter Andreas Kaupp den Gemeinderat über eine kürzlich stattgefundene Verkehrsschau.

Auf Anregung von Gemeinderätin Manuela Buchholz sei die Ein- und Ausfahrtsituation der beiden Zufahrtsstraßen beim Gebäude Sulzbacher Straße 1 besichtigt worden. Die Anzahl der Spiegel und die Ausrichtung dort seien ausreichend. Allerdings müsse ein Spiegel altershalber ersetzt werden.

Weiter sei es um eine mögliche Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich Hölzle auf Höhe der Einfahrt Benatweg/Einfahrt Schreinerei King gegangen. Dieser Antrag von privaten Anliegern sei abgelehnt worden. Es verbleibe dort bei einem zulässigen Tempo 50.

Zudem sei die Ausfahrt "Käppeleshof" an der Landesstraße 108 besichtigt worden. Auch dort werde aufgrund der guten Übersicht nach oben und unten keine Geschwindigkeitsbeschränkung angeordnet.

Zudem berichtete er über weitere Geschwindigkeitsüberwachungen durch den Landkreis Rottweil. Am 1. Februar wurden an der Landesstraße auf Höhe der Einmündung Pfarrer-Sieger-Straße 281 Fahrzeuge gemessen, wobei es 2 Beanstandungen (0,71 %) gab. Die Höchstgeschwindigkeit lag bei 56 km/h. Eine weitere Messung am gleichen Tag auf Höhe des Kindergartens ergab 12 Beanstandungen bei 176 gemessenen Fahrzeugen (6,82 %). Der schnellste Fahrzeuglenker war mit 52 km/h unterwegs. Eine weitere Messung am 28. Februar auf Höhe des Gebäudes Hornberger Straße 76 ergab 15 Beanstandungen bei 257 gemessenen Fahrzeugen (5,84 %), die Höchstgeschwindigkeit lag bei 72 km/h. Noch an diesem Tag wurde eine Messung beim Kindergarten durchgeführt.

Dort gab es 16 Beanstandungen bei 266 gemessenen Fahrzeugen (6,02 %), wobei die Höchstgeschwindigkeit bei 48 km/h lag.

Weiter teilte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp mit, dass für eine Stützmauer im Kurvenbereich am Rainlebühl, das Ingenieurbüro Gfrörer derzeit die Ausschreibung vorbereitet.

Bei den Terminen verwies er auf die nächste Sitzung des Festausschusses "750 Jahre Lauterbach" am Dienstag 14.05.2024 um 20:00 Uhr im Rathaus.

Außerdem verwies er auf den Neubürgerempfang am 20.06.2024, der um 19:00 Uhr stattfinden wird. Je nach Beteiligung durch Anmeldung der Neubürger findet diese im Ratssaal oder im Gemeindehaus statt.

Bürgermeister Jürgen Leichtle teilte aus der nichtöffentlichen Sitzung mit, dass ein Vorkaufsrecht beim privaten Verkauf des Gebäudes Hölzle 20 nicht ausgeübt worden ist. Als sehr erfreulich bezeichnete Kämmerer Karl-Heinz Villingner, dass die verlässliche Grundschule personell verstärkt werden konnte.

"Allerdings nehmen wir derzeit den 3. Anlauf, um eine Person für ein freiwilliges soziales Jahr zu finden."

Zudem teilte er mit, dass hinsichtlich der Ganztagsbetreuung im seitherigen Grundschulgebäude ein Zuschussantrag gestellt wurde. Bei Kosten von 620.000 EUR sei ein Zuschuss von 70%, dies sind 434.000 EUR, denkbar. Er gab zu bedenken, dass für die restlichen verbleibenden Eigenmittel auch ein Zuschuss aus Mitteln des Ausgleichstocks denkbar ist.

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde bemängelte Ansgar Fehrenbacher, Winterberg, dass über die öffentliche Gemeinderatssitzung, vor allem in der Tagespresse aber auch teilweise im Amtsblatt, erst relativ spät berichtet wird. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp verwies hinsichtlich des Amtsblattes auf die entsprechenden Fristen. Er gab zu bedenken, dass wenn montags Sitzungen stattfinden und bereits dienstags um 12:00 Uhr Redaktionsschluss ist, nicht immer gewährleistet werden kann, dass die Berichte in der gleichen Woche erscheinen.

Konrad Ginter ging auf die Löschwasserversorgung im Bereich Diesenhof, insbesondere auf den Löschwasserbehälter, der im Zusammenhang mit dem Schuppenneubau der Sulzbacher Vereine geplant ist, ein. Aus seiner Sicht reiche ein Hydrant im Bereich der "Wilhelmshöhe" nicht aus und der Löschwasserbehälter sollte in jedem Fall gebaut werden. Zudem erkundigte er sich nach der zeitlichen Umsetzung.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte hierzu mit, dass bereits in der letzten Sitzung gebeten wurde zu prüfen, ob der neue Hydrant bei der "Wilhelmshöhe" auch für die Wasserversorgung im Bereich Boschel ausreicht und ob dadurch gegebenenfalls auf die Löschwasserbevorratung beim neuen geplanten Lagerschuppen verzichtet oder ob diese verkleinert werden kann. Er gab zu bedenken, dass seitens des Landratsamtes darauf verwiesen wird, dass die Sicherstellung von Löschwasser Sache der Gemeinde ist. Die Entfernung mit 400 m liege über den 300 m, die allgemein durch richterliche Entscheidung abgedeckt ist. Unverbindliche Aussage bzw. Empfehlung des Landratsamtes sei ganz klar den Löschwasserbehälter zu bauen. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp gab zu bedenken, dass die Ausschreibung zum Bau des Behälters das Ausgraben, also die Baugrube nicht enthalte.

"Hierfür werden in den nächsten Tagen entsprechende Angebote eingeholt, sodass anschließend die Baufirma Özer, die von den eigentlichen Behälter bereits beauftragt ist, rasch tätig werden kann.

Insgesamt gelte es, so Hauptamtsleiter Andreas Kaupp, mittelfristig sicherlich einen Gesamtplan für die Löschwasserversorgung auf der gesamten Gemarkung zu erstellen. Eine weitere Anfrage wurde von Manfred Haas gestellt. Er erkundigte sich nach der Mitverlegung von Leitungen der Netze BW im Zuge der Wasserversorgung Sulzbach. Seitens der Verwaltung wurde bestätigt, dass die Netze BW mindestens teilweise entsprechende Leitungen mitverlegen. Die Absprachen zwischen den Netzen BW, der Telekom, der Bauleitung und der beauftragten Baufirma erfolgen entsprechend.

Im Rahmen der Anfragen und Anregungen lobte Johannes Geprägs die 72 Stunden Aktion der KJG Lauterbach mit der tollen Instandsetzung und attraktiven Gestaltung des Wanderweges von der Ortsmitte über den Kreuzfelsen zum Pavillon.

Ralf Schlögel bat die betroffenen Anlieger bei der Baumaßnahme Wasserversorgung Sulzbach weiter, vor allem über den Zeitpunkt der Hausanschlüsse aber auch der dann folgenden Zahlung der Beiträge, zu informieren. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp bestätigte dies und teilte mit, dass ohnehin noch Informationen zu den Hausanschlüssen ergehen müssen.

Auf Anfrage von Stefan Weinmann bestätigte er, dass der Gemeinderat in Kürze über verschiedene Punkte zum Anschluss- und Benutzungszwang beraten wird.

Außerdem wurde die neue Situation bei der Kläranlage Schramberg mit dem zusätzlichen Anschluss des Klärwerkes Tennenbronn und weiterer Fragen angesprochen. Vereinbart wurde, dass der technische Leiter bei der Stadtverwaltung Schramberg, Konrad Ginter, in eine Gemeinderatssitzung eingeladen wird, um entsprechend berichten zu können.

Sonja Rajsp-Lauer regte an, ein Sonnenschutzsegel beim Kinderspielplatz "Hölzleshof" anzubringen.

Zudem ging sie nochmals auf das 1 EUR Ticket ein und gab zu bedenken, dass die Gemeinde Hardt hierfür lediglich 3.000 EUR einsetzen musste. Auf Anfrage von Manuela Buchholz wurde bestätigt, dass die noch vorhandenen kleinen Löcher im Schulhof und die defekten Pflastersteine nach dem Jubiläum der Narrenzunft von dieser geschlossen bzw. ersetzt werden. Ebenfalls auf Anfrage von Manuela Buchholz teilte Bauhofleiter Simon Kaupp mit, dass die Treppe von der Hornberger Straße zum Föhrenweg ein öffentlicher Weg ist, der von der Gemeinde zu unterhalten ist.

Georg Buchholz regte an, im Zuge der Wasserversorgungsmaßnahme "Sulzbachtal" im Bereich nach der "Neuen Brücke" eine weitere Straßenlampe zu stellen.

Entsorgung von Straßen Aufbruch und Unterbau verursacht hohe Zusatzkosten im Rahmen der Maßnahme "Wasserversorgung Sulzbachtal"

Im Bereich der Baumaßnahme "Wasserversorgung Sulzbachtal" fallen sehr erhebliche Mehrkosten für die Entsorgung an. Diese betreffen sowohl den teerhaltigen Straßenaufbruch als auch den darunter befindlichen Bitukies bzw. Unterbau. Das Ingenieurbüro Eppler hat zwischenzeitlich Einheitspreise von der mit der Maßnahme beauftragten Baufirma Huber eingeholt. Da es sich um einen sehr großen Umfang handelt, hat das Ingenieurbüro bereits weitere Fachfirmen um Angebote gebeten.

Klaus Dezember vom Ingenieurbüro Eppler in Dornstetten unterrichtete die Mitglieder des Gemeinderates über den derzeitigen Sachstand. "Hochgerechnet auf die gesamte Maßnahme müssen wir leider mit Mehrkosten in Höhe von 250.000 EUR, berechnet auf die gesamte Strecke des Ausbaus der Wasserversorgung, rechnen. Günstigste Anbieterin sei die Firma Rimex, mit eben dieser genannten Summe. Die Entsorgung betreffe den teerhaltigen Asphaltbelag und teilweise den darunterliegenden Schotteraufbau. Er bestätigte, dass so viel als möglich, vom Unterbau wieder eingebaut wird. Trotzdem rechnet er mit 900 Tonnen Asphalt die entsorgt werden müssen und mit ca. 3.000 Tonnen Unterbau.

Auf Anfrage von Ralf Schlögel bestätigte er, dass im Vorfeld keine Beprobungen stattgefunden haben. Er gibt zu bedenken, dass Beprobungen bei einer so großen Länge wie bei der Maßnahme schwierig sind. "Es hätten unzählige Proben veranlasst werden müssen, um ein sicheres Ergebnis zu bekommen", gab er zu bedenken. Sonja Rajsp-Lauer bemängelte ebenfalls, dass bei nahezu jeder Baumaßnahme Zusatzkosten hinsichtlich der Entsorgung kommen. Die genannte Summe sei, so Stefan Weinmann, absolut kein "Pappenstiel". Die Mehrkosten würden ein richtiges Problem für die Gemeinde darstellen. Trotz sicherlich zusätzlicher Kosten, die Probebohrungen verursachen, bat er künftig diese bei den entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen. Georg Buchholz kritisierte das planende Ingenieurbüro. "Eine Rückfrage beim Landkreis, wem die Straße gehört, hätte sicherlich ergeben, wann die Straße gebaut wurde und es hätte bereits im Vorfeld abgeklärt werden können, ob zum damaligen Zeitpunkt teerhaltiges Material verwendet worden ist." Zudem erkundigte er sich nach den Entsorgungswegen. Klaus Dezember teilte mit, dass hierzu die jeweilige Fachfirma genau beschriebene Vorgaben einhalten muss. Auf Anfrage aus der Mitte des Gemeinderats bestätigte Klaus Dezember, dass in Einzelfällen eine Verlegung neben der Straße, wie bereits in Teilbereichen des Wursthofes vereinbart, durchaus Sinn macht. Auf Anfrage von Manuela Buchholz bestätigte Klaus Dezember, dass der Zeitplan noch aktuell ist, wenn auch die beauftragte Baufirma derzeit mit massivem Fels kämpfen muss.

Abschließend beschloss der Gemeinderat die Entsorgung des belasteten Materials im Preis von 250.000 EUR an die Firma Rimex zu vergeben.

Zusammensetzung des Gemeindewahlausschusses nochmals geändert

"Für die Gemeinderatswahl am 09.06.2024 muss der Gemeindewahlausschuss nochmals geändert werden. In den Gemeindewahlausschuss wurde Siegfried King, als stellvertretender Beisitzer gewählt. Da Siegfried King nun selbst Kandidat für die Gemeinderatswahl ist, kann er nicht gleichzeitig Mitglied im Gemeindewahlausschuss sein", berichtete Hauptamtsleiter Andreas Kaupp.

Da der Gemeindewahlausschuss gleichzeitig die Aufgaben für den Wahlbezirk 1 übernimmt und beim Wahlbezirk 1 Norbert Broghammer, Mückenberg 10, als Wahlhelfer eingeteilt ist, schlug er vor, ihn als stellvertretenden Beisitzer zu bestimmen.

Der Gemeinderat konnte dieser Änderung zustimmen, Norbert Broghammer, Mückenberg 10, wurde anstelle von Siegfried King zum neuen stellvertretenden Beisitzer im Gemeindewahlausschuss bestimmt.

Gemeinderat beauftragt Rechtsanwaltsgesellschaft zur rechtlichen Begleitung des Stromkonzessionsauswahlverfahrens

Bürgermeister Jürgen Leichtle teilt mit, dass die Stromkonzession der Gemeinde, die derzeit von Netze BW gehalten wird, zum 31.12.2026 ausläuft. "Aufgrund dieser Vorgaben muss die Gemeinde die Konzession neu vergeben. Die Neuvergabe erfordert eine sorgfältig durchgeführte Ausschreibung und ein umfassendes Auswahlverfahren. Das Verfahren startet mit einer Bekanntgabe im Bundesanzeiger, spätestens 2 Jahre vor Ablauf der bisherigen Konzession. Der Umfang und die Kosten des weiteren Verfahrens hängen stark davon ab, wie viele Interessenten sich bewerben. Während bei nur einem Bieter die Kosten und der Aufwand relativ gering bleiben, erfordern mehrere Bieter ein europaweites und damit komplexeres und kostenintensiveres Verfahren."

Angesichts der Komplexität des rechtlichen Rahmens und der technischen Anforderungen sei die Begleitung durch eine spezialisierte Rechtsanwaltsgesellschaft unerlässlich. Diese Expertise sichere nicht nur die Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften, sie minimieren auch das Risiko rechtlicher Fehler. Die anwaltliche Begleitung sei daher nicht nur eine Unterstützung, sondern eine grundlegende Notwendigkeit, um die Interessen der Gemeinde effektiv zu vertreten und einen rechtssicheren Prozess zu gewährleisten. Die Unsicherheit über die Anzahl der Interessenten mache eine flexible Planung erforderlich. Je mehr Bewerber teilnehmen würden, desto aufwendiger und kostenintensiver gestaltet sich das Auswahlverfahren. Er teilte mit, dass die Verwaltung entsprechende Angebote von Fachkanzleien eingeholt habe. Die günstigste Anbieterin liege bei mehreren Angeboten bei 30.940 EUR, jedoch lediglich bei 4.760 EUR bei einem Interessenten.

Sonja Rajsp-Lauer regte an, da andere Gemeinden sicher in der gleichen Problematik stecken, dass durch einen Zusammenschluss günstigere Angebote möglich sein müssten. Bürgermeister Jürgen Leichtle teilte hierzu mit, dass trotzdem die verschiedenen Verträge, die jeweils bei den Gemeinden verschieden ausgeführt sind, geprüft werden und dass insbesondere die Fristen in anderen Gemeinden völlig andere sind.

Ansgar Fehrenbacher sprach ebenfalls mögliche Synergie-Effekte an. „Ich kann mir vorstellen, dass es beim Gemeindetag Baden-Württemberg Juristen gibt, die für die Gemeinden solche Ausschreibungen vorbereiten und dass dies dann insgesamt günstiger sein müsste.“

Stefan Weinmann sah die unbedingte Notwendigkeit, ein Fachbüro einzuschalten. Die Gemeinde könne in dieser Sache kein Risiko eingehen und sollte ein sicheres Verfahren wählen, um zu einem entsprechenden Konzessionsvertrag zu kommen.

Mit großer Mehrheit beschloss der Gemeinderat abschließend, die Baker Tilly Rechtsanwaltsgesellschaft mbH in Stuttgart für die rechtliche Begleitung des Stromkonzessionsauswahlverfahrens zu beauftragen. Das Angebot beläuft sich auf 30.940 EUR brutto bei mehreren Anbietern, wobei sich das Honorar auf 4.760 EUR brutto bei nur einem Anbieter reduziert. Die Finanzierung erfolgt als außerplanmäßige Ausgabe.

Gemeinderat beschließt Änderung der Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr

Kämmerer Karl-Heinz Villinger teilte mit, dass seit dem 01.07.2023 bei Leistungen der Überlandhilfe der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Regelung des Kostenersatzes der Überlandhilfe der Feuerwehren im Landkreis Rottweil gilt. "Die Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung ist daher mit einem Verweis auf den öffentlich-rechtlichen Vertrag zum Zeitpunkt des Brandfalls gültigen Fassung zu ändern." Die Stundensätze bei den Einsätzen setzen sich aus den entstandenen Kosten, die auf der Grundlage von 80 Stunden je Feuerwehrangehörigen berechnet werden, zusammen. Er gab zu bedenken, dass die letzte Kalkulation aus dem Jahr 2016 stammt. Eine neue Kalkulation habe sonstige Kosten in Höhe von rund 8 EUR ergeben. Zuzüglich der bei den Einsätzen gewährten Entschädigungen ergeben sich insgesamt Stundensätze von 23 EUR bei allgemeinen Feuerwehreinsätzen und von 21 EUR für Brandsicherheitswachen. Zudem nahm er zu den Kostensätzen für die Fahrzeuge Stellung. Diese erhöhen sich beim Mannschaftstransportwagen von bisher 20 EUR auf 34 EUR, beim Löschfahrzeug LF 10 von 120 auf 172 EUR und beim Tanklöschfahrzeug TLF von 154 auf 169 EUR.

Abschließend stellte Kämmerer Karl-Heinz Villinger die Änderungssatzung vor, die dann vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde.

Sanierungsgebiet "Ortskern III-Unterdorf West" wird erweitert - Grundstück Unterdorf 97 aufgenommen

Die Gemeinde führt seit dem Jahr 2018 Maßnahmen zur städtebaulichen Erneuerung durch. Dazu wurde 2017 während der vorbereitenden Untersuchungen ein Geltungsbereich abgegrenzt, der nach dem damaligen Stand der Untersuchungsergebnisse zweckmäßig erschien, das Gemeindegebiet funktional und optisch aufzuwerten. Für das abgegrenzte Gebiet werden Fördermittel zur Verbesserung der Bausubstanz an privaten Gebäuden vorgehalten.

"Das Haus Schwarzwaldruh/Schwarzwaldhotel, Unterdorf 97, das in positiver Hinsicht sehr prägend für das Ortsbild ist, soll zeitnah, nach mehrjährigem Leerstand einer neuen Nutzung zugeführt werden", berichtete Hauptamtsleiter Andreas Kaupp.

Zur Untersuchung einer möglichen Nachnutzung soll zunächst eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Es soll überprüft werden, wie das Gebäude saniert werden kann und welches Nutzungskonzept dem Standort gerecht wird. "Die Gemeinde Lauterbach möchte dieses Vorhaben unterstützen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass sich das Grundstück innerhalb des förmlich festgelegten Sanierungsgebiets befindet. Aus diesem Grund ist eine Änderung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets "Ortskern III-Unterdorf West" erforderlich. In diesem Zusammenhang konnte er einen Lageplan vorlegen, in welchem die Erweiterung mit dem Grundstück Unterdorf 97 dargestellt ist. Der Gemeinderat stimmte der Erweiterung des Sanierungsgebiets "Ortskern III-Unterdorf West" zu und beschloss, die entsprechende Satzung zur Änderung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets.

Sanierung der Wohnung im früheren mittleren Schulhaus Pfarrer-Sieger-Straße 25 kann bis Mitte des Jahres abgeschlossen werden - Kostenrahmen wird eingehalten - Sachstandsbericht von Architekt Claus Rehm in der Gemeinderatssitzung

Der Gemeinderat hat bereits am 23. Januar 2023 die Gewerke für die Sanierung im mittleren Schulhaus vergeben. Seinerzeit ging man von Kosten in Höhe von 185.000 EUR aus. Die Vergabesummen lagen deutlich im Kostenrahmen, sodass die Finanzierung gesichert war.

Für diese Maßnahme hat die Gemeinde eine Zuwendung aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg im Programm "Wohnraum für Geflüchtete" erhalten. Der bewilligte Zuschuss auf der Basis der Kostenschätzung beläuft sich auf 85.815 EUR. Die Maßnahme muss bis Mitte des Jahres fertiggestellt sein. Die Abrechnung bzw. der Schlussverwendungsnachweis müssen laut Zuwendungsbescheid bis zum 31.07.2024 vorgelegt werden.

Mit einigen Bildern konnte Architekt Claus Rehm anschaulich die verschiedenen Problemstellungen bei der Sanierung darstellen. Im Boden- und teilweise auch im Wandbereich waren aufgrund nicht des optimalen Zustands Zusatzarbeiten erforderlich. Diese Zusatzarbeiten haben zu den entsprechenden Verzögerungen geführt. Anschließend ging Architekt Claus Rehm auf die ursprüngliche Kostenschätzung ein, die sich auf 185.000 EUR inklusive der Nebenkosten und der Mehrwertsteuer belief. Sehr erfreulich war, dass nach den Vergaben eine Kostenfortschreibung mit 144.330 EUR festgestellt werden konnte. Nach derzeitigem Stand liegt die Maßnahme bedingt durch einige Zusatzarbeiten bei 166.274 EUR, sodass immer noch eine deutliche Unterschreitung im Vergleich zum ursprünglichen Kostenrahmen und zu den bereit gestellten Mitteln vorhanden ist.

Ralf Schlögel bemängelte den schleppenden Bauablauf, anerkannte jedoch auch die zusätzlichen notwendigen Arbeiten, die zu den Verzögerungen geführt haben. Auf seine Anfrage hin bestätigte Architekt Claus Rehm, dass die Baumaßnahme bis Mitte des Jahres fertiggestellt werden kann, sodass der Zuschuss fristgerecht abgerechnet werden kann. Auf Anfrage von Erich Fehrenbacher wurde bestätigt, dass ein Kucheneinbau nicht geplant ist.